Überörtliche Prüfung Stadt Billerbeck

Haushaltssteuerung			
Feststellung	Empfehlungen der gpaNRW	Stellungnahme der Bürgermeisterin	
F1	Bis 2021 kann die Stadt Billerbeck die gestiegenen Aufwendungen durch Konsolidierungsmaßnahmen nahezu kompensieren. Ab 2022 ist die Entwicklung fast ausschließlich von äußeren Einflüssen wie die Corona-/Kriegsbedingten Verschlechterungen abhängig.	E1.1 Die Stadt Billerbeck sollte angesichts der negativen Planergebnisse weiter einen konsequenten Konsolidierungskurs verfolgen und eine dauernde Aufgabenkritik betreiben. Insbesondere ein konjunkturell bedingter Einnahmeeinbruch wird zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen nötig machen	Grds. wird die Empfehlung geteilt. Die Erarbeitung von Konsolidierungsmaßnahmen ist ein Prozess, der permanent stattfindet. Es nehmen allerdings die Aufwendungen zu, wozu die Stadt nicht verpflichtet ist und das Land oder der Bund eine finanzielle Entlastung leisten müsste (Konnextitätsprinzip). Ziel der Stadt war und ist es für eine attraktive Innenstadt und Gewerbegebiete mit unterschiedlichen Wirtschaftszweigen zu sorgen. Hierdurch kann einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage vorgebeugt werden. Ein Ausgleich zu den gestiegenen Aufwendungen kann durch höhere Leistungsentgelte und höhere Grundsteuern erfolgen. Dies setzt jedoch auch die Leistungsfähigkeit der Einwohner voraus. Ansonsten liegt dem Rat zu jedem Haushalt eine Liste der Konsolidierungsmöglichkeiten vor.
	E1.2 Die Stadt Billerbeck sollte die Hebesätze mindestens auf die Fiktivhebesätze anheben. Erst dann erwirtschaftet Billerbeck in diesen Steuerarten auch die Steuerkraft, die ihr im Finanzausgleich zugerechnet wird.	Die Empfehlung wird geteilt. Die Verwaltung erarbeitet für die Septemberausschusssitzungen bereits einen Vorschlag.	
F2	Die Ansätze für investive Auszahlungen werden von der Stadt Billerbeck durchschnittlich zu etwas mehr als 50 Prozent in Anspruch genommen. Ein realistisches Bild des Investitionsvolumens im Haushaltsplan wird dadurch eingeschränkt.	E2 Das Ziel der Verwaltung und der Politik der Stadt Billerbeck sollte es sein, nur Investitionsmaßnahmen in den Haushaltsplan aufzunehmen, deren Umsetzung im Planjahr realistisch möglich ist.	Dies wird grundsätzlich geteilt, es ist aber nicht so einzuhalten. Als Nachweis bei der Fördermittelbeantragung müssen u.a. Ansätze im Haushalt gebildet werden. Kommt es zur Verschiebung der Durchführung der Maßnahme oder der Ablehnung des Förderantrages werden keine Auszahlungen getätigt. Erschwerend kommt in den letzten Jahren hinzu, dass die Rechnungsstellung aufgrund der guten Wirtschaftslage sehr zeitverzögert vollzogen wird/wurde.
F3	Die Stadt Billerbeck nutzt verschiedene Quellen zur Fördermittelrecherche und hat einen guten Überblick über die zahlreichen Förderprogramme. Es gibt jedoch bisher keine verschriftlichte Dienstweisung oder Regelung, die eine Fördermittelprüfung standardisiert im Vergabeprozess regelt.	E3 Die Stadt Billerbeck sollte strategische Vorgaben und konkrete Regelungen zur Fördermittelakquise schriftlich formulieren. Dadurch ist ein geregelter, standardisierter Ablauf möglich	Die Dienstweisung ist in Vorbereitung. Allerdings sind die Förderprogramme in ihrer Ausrichtung, Zielsetzung und Komplexität sehr unterschiedlich und es ist sehr schwer ein allgemein gültiges Vorgehen bei Förderangelegenheiten festzulegen.
F4	Ein einheitliches Fördermittelcontrolling und Berichtswesen gibt es bei der Stadt Billerbeck noch nicht. Die Fördermittelbewirtschaftung bietet insofern noch Entwicklungspotenzial. Dennoch konnten in der Vergangenheit Rückforderungen vermieden werden, indem Auflagen eingehalten und Verwendungsnachweise fristgerecht eingereicht worden sind.	E4 Die Stadt Billerbeck sollte an geeigneter Stelle ein förderbezogenes Controlling mit einem standardisierten Berichtswesen etablieren.	Ein standardisiertes Berichtswesen ist aufgrund der div. Förderprogramme u.E. nicht möglich. Es erfolgt im FB Finanzen eine zentrale Überwachung aller Förderangelegenheiten der Stadt mit schriftlicher Fixierung und Terminierung von Vorgaben. Ein Mehr an Kontrollen durch Berichte führt zu höherem Personalaufwand ohne einen zusätzlichen Nutzen u.E. zu erreichen.

Vergabewesen			
Feststellungen	Empfehlungen der gpaNRW	Stellungnahme der Bürgermeisterin	
F1	Die Stadt Billerbeck hat mit ihrer Dienstweisung eine gute Grundlage für einheitliche und rechtssichere Vergabeverfahren geschaffen. Wesentliche Vergabeschritte führt die Bedarfsstelle aus. Dieser Sachverhalt erschwert eine strikte Trennung zwischen der Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung. Zudem steigt die Korruptionsgefahr.	E1.1 Die Stadt Billerbeck sollte eine zentrale Vergabestelle einrichten. Sie sollte prüfen, ob sie dazu ihre zentrale Submissionsstelle optimiert oder eine zentrale Vergabestelle im Wege einer interkommunalen Zusammenarbeit einrichtet.	Ein Austausch findet in regelmäßigen Arbeitskreistreffen statt. Bei vergaberechtlichen Fragestellungen finden auch telefonische kurzfristige Abstimmungen interkommunal statt. Die Empfehlung wird nicht geteilt. Es gibt zwar kein Vergabemanagementsystem, jedoch hat die Vergabestelle Checklisten erarbeitet, mit welcher Arbeitsschritte abgedeckt werden (z.B. Veröffentlichungspflichten Ex ante + Ex post Bekanntmachungen Einholung von Nachweisen aus dem Wettbewerbsregister u.v.m), und Fristen überwacht werden. etc. Durch einzelne Kontrollschritte wird die Korruptionsgefahr gemindert. Die Stadt nutzt bewusst mehrere Vergabepattformen, um den Kreis potentieller Bieter zu erweitern. Weiterhin wird eine Fachsoftware für die Erstellung von Leistungsverzeichnissen benutzt.
	E1.2 Die Stadt Billerbeck sollte den einheitlichen Einsatz einer Vergabemanagementsoftware prüfen. Bei einer zentralen Vergabestelle im Zuge einer interkommunalen Zusammenarbeit sollte eine einheitliche Software zum Einsatz kommen, die den gemeinsamen Datenaustausch erleichtert.		
F2	Die Stadt Billerbeck hat keine Rechnungsprüfung eingerichtet. Auch eine der Wahlmöglichkeit zur Erfüllung der Aufgaben einer Rechnungsprüfung nach § 101 Abs. 1, Satz 3 und 4 GO NRW wird nicht genutzt. Eine verbindlich vorgeschriebene regelmäßige Kontrolle der Vergabeverfahren findet nicht statt.	E2.1 Die Stadt Billerbeck sollte einheitliche und rechtssichere Vergaben durch verbindliche und regelmäßige Kontrollen der Vergabeverfahren fördern und so die Korruptionsgefahr mindern.	Durch die Trennung der ausschreibenden Stelle und der Submissionsstelle ist ein Vier-Augen-Prinzip vorhanden. Die Submissionsstelle stellt eine neutrale Kontrollinstanz im Vergabeverfahren dar. Dazu wurden auch Mitarbeiter der Submissionsstelle in Seminaren geschult (Korruptionsschutzgesetz). Zum Zeitpunkt der Prüfung galt die alte Zuständigkeitsordnung. Mit Datum vom 03.03.23 wurde diese geändert. Seitdem wird bei Öffentlichen Ausschreibungen und Beschränkten Ausschreibungen die Information über vergebene Aufträge mittels Mitteilungsvorlage (n.ö.S.), welche den Sitzungsdokumenten entsprechend beigefügt wird, der Ausschuss ggf. der Rat in Kenntnis gesetzt. Vergabeverfahren, die in Form einer Freihändigen Vergabe oder Verhandlungsvergabe erfolgt sind und deren Auftragswerte über 15.000,00 € liegen (also nicht mehr im Zuständigkeitsbereich der BMin), werden im entsprechenden Ausschuss ggfs. Rat vorgestellt und beschlossen.
	E2.2 Die Stadt Billerbeck sollte ihre Regelungen bezüglich der Zuständigkeiten für Auftragsvergaben so festlegen, dass ausreichend Zeit für die Prüfung der Vergabeunterlagen innerhalb der Bindefrist zur Verfügung steht. Über erteilte Aufträge sollte sie die politischen Gremien fortlaufend informieren.		

F3	Die Stadt Billerbeck beugt Korruption mit einer eigenen Dienstanweisung vor. Diese entspricht nicht der aktuellen Rechtslage. Teils fehlen wesentliche Regelungen zur Korruptionsprävention. Die in der Dienstanweisung beschriebenen korruptionsgefährdeten Bereiche basieren nicht auf einer Schwachstellenanalyse.	E3.1	Die Stadt Billerbeck sollte ihre Dienstanweisung Korruption auf die aktuelle Fassung des KorruptionsbG anpassen. Die Musterdienstanweisung der gpaNRWNRW kann dafür als Grundlage dienen.	wird in der Zukunft aktualisiert
		E3.2	Die Stadt Billerbeck sollte ihre korruptionsgefährdeten und besonders korruptionsgefährdeten Bereiche mit einer Schwachstellenanalyse ermitteln. Sie sollte dazu ihre Bediensteten beteiligen und die Erkenntnisse in ihrer Dienstanweisung entsprechend aufnehmen.	wird in der Zukunft aktualisiert
		E3.3	Die Stadt Billerbeck sollte explizit die Annahme von Bargeld in ihrer Dienstanweisung Korruption verbieten.	wird in der Zukunft aktualisiert
		E3.4	Die Stadt Billerbeck sollte in ihrer Dienstanweisung eindeutige Zuständigkeitsregelungen für die Abfrage beim Wettbewerbsregister festlegen. Die Auskünfte sind vor Erteilung eines Zuschlages einzuholen.	wird mit der nächsten Änderung der Dienstanweisung Ende des Jahres mit aufgenommen. In der Praxis wird die Verpflichtung zur Registerabfrage bereits eingehalten.
		E3.5	Die Stadt Billerbeck sollte ihre internen Regelungen sowie Bekanntmachungen nach dem KorruptionsbG auf die neue Rechtslage anpassen.	wird in der Zukunft aktualisiert
		E3.6	Die Stadt Billerbeck sollte konkrete Zuständigkeitsregelungen zur Überwachung von Nebentätigkeiten der Bürgermeisterin beziehungsweise des Bürgermeisters nach § 8 KorruptionsbG treffen.	hierfür ist der Kreis zuständig
		E3.7	Die Stadt Billerbeck sollte Vorkehrungen treffen, um die Vorgaben des Hinweisgeberschutzgesetzes nach Inkrafttreten zeitnah umsetzen zu können.	wird zeitnah und wirtschaftlich umgesetzt (Whistleblower-Richtlinie)
F4	Die Stadt Billerbeck hat sich noch keine Rahmenbedingungen für mögliche Sponsoringangebote gegeben.	E4	Die Stadt Billerbeck sollte sich verbindliche Rahmenbedingungen in Form einer Dienstanweisung für den Umgang mit Sponsoringleistungen geben. Ziel sollte eine deutliche Trennung von Sponsoring und Korruption sein.	wird erarbeitet
F5	Der ermittelte Abweichungswert der Stadt Billerbeck ist im Vergleichsjahr 2021 geringer als bei der Hälfte der Vergleichskommunen. Andere Vergleichsjahre zeigen höhere Abweichungswerte. Nähere Analysen der Abweichungen könnten Erkenntnisse für zukünftige Leistungsverzeichnisse liefern.	E5	Die Stadt Billerbeck sollte durch einen Soll-Ist-Vergleich regelmäßig eine Prüfung der Abweichungen vom Auftragswert vornehmen. Die gesammelten Erkenntnisse über Ursachen der Abweichungen sollte sie bei zukünftigen Vergabemaßnahmen berücksichtigen. Ziel sollte eine möglichst geringe Abweichung sein.	wird beachtet.
F6	Die Stadt Billerbeck hat keine Regelungen für die Abwicklung von Nachträgen in ihrer Dienstanweisung Vergabe getroffen. So fehlen Vorgaben für standardisierte und einheitliches Vergabeverfahren. Sie hat kein zentrales Nachtragsmanagement eingerichtet.	E6.1	Die Stadt Billerbeck sollte klare Vorgaben für Nachtragsverfahren in ihrer Dienstanweisung aufnehmen. Sie sollte standardisierte Verfahren einführen, die einheitliche und rechtssichere Vorgehensweisen gewährleisten.	erfolgt mit der nächsten Aktualisierung der Dienstanweisung Ende Dez. 2023
		E6.2	Die Stadt Billerbeck sollte für Nachtragsverfahren vergaberechtliche Kontrollen einrichten, beispielsweise durch eine zentrale Vergabestelle oder Rechnungsprüfung.	Die Einrichtung einer Vergabe- u. Rechnungsprüfung würde eine neue Verwaltungseinheit mit entsprechender personellen Ausstattung erfordern. Z. Zt. werden bei notwendigen Nachträgen diese mit der Kommunalagentur abgestimmt, auch findet eine Beteiligung des bauüberwachenden Ingenieurbüros statt.
		E6.3	Die Stadt Billerbeck sollte ein zentrales Nachtragsmanagement einrichten. Dort sollte eine systematische Auswertung der Nachtragsverfahren und Abweichungen stattfinden. Erkenntnisse, auch zu Bieterstrategien, sollten für zukünftige Vergabeverfahren genutzt werden.	Sollte ebenso eine systematische Auswertung der Nachtragsverfahren mit der Analyse von Bieterstrategien erfolgen, wäre weiterer fachlicher Personaleinsatz nötig. Bei einem Verdacht auf strukturellen Nachtragsmanagement vom AN, werden z. Zt. Anwälte hinzugezogen, die eine besondere Expertise in diesem Bereich einbringen.

F7	Die Maßnahmenbetrachtungen zeigen Verbesserungspotenzial bei der Abwicklung von Nachträgen. Die Prüfung und Wertung der Angebote könnte durch die generelle Erstellung von Preisspiegeln erleichtert werden. Die Stadt Billerbeck führt Abnahmen förmlich durch, dokumentiert jedoch nicht immer die Mängelbeseitigung.	E7.1	Zur Prüfung der Angebotspreise sollte die Stadt Billerbeck generell einen Preisspiegel erstellen.	Das erfolgt bereits und wird ebenso weiter betrieben. Lediglich in einem Fall war aufgrund von nur 2 vorliegenden Angeboten darauf verzichtet worden.
		E7.2	Die Stadt Billerbeck sollte die Prüfung von Nachtragsangeboten ausreichend dokumentieren. Eindeutige Vorgaben unterstützen einheitliche Verfahren und bieten Handlungssicherheit.	wird beachtet.
		E7.3	Die Stadt Billerbeck sollte nachvollziehbare Dokumentation über Mängelbeseitigungen führen.	wurde und wird beachtet.

Informationstechnik an Schulen

Feststellungen		Empfehlungen der gpaNRW		
F1	Die Stadt Billerbeck ist bei der IT-Steuerung größtenteils gut aufgestellt. Sie ist in ihrem Medienentwicklungsprozess schon gut vorangeschritten und hat ihre Strategie bereits in einem schulübergreifenden Medienentwicklungsplan beschrieben. Sie hat vereinzelt noch Optimierungsbedarf, um ihre Schul-IT besser steuern zu können.	E1	Die Stadt Billerbeck sollte die regelmäßige und verbindliche Kommunikation aller Beteiligten regeln und etablieren. Dazu sollte sie eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe einrichten, die systematisch den Fokus auf die Medienentwicklung der Schulen legt.	halbjährliche Treffen sind vorgesehen
F2	Die Stadt Billerbeck ist mit der Digitalisierung an ihren Schulen schon sehr gut vorangekommen. Sie besitzt eine quantitativ und qualitativ sehr gute Ausstattung an ihren Schulen und stellt zum Teil im interkommunalen Vergleich den höchsten Ausstattungsstandard. Sie erfüllt derzeit alle Voraussetzungen.	E2	Die Stadt Billerbeck sollte mittels einer Organisationsuntersuchung ihre Stellenausstattung prüfen und den künftigen Stellenbedarf für die Steuerung, Bereitstellung und Betreuung der Schul-IT bemessen.	Der Bedarf wurde durch kreisweiten Vergleich überprüft und als angemessen festgestellt.
F3	Hinsichtlich der IT-Sicherheit in ihren Schulen erreicht die Stadt Billerbeck zwar ein höheres Niveau als die Mehrheit der Vergleichskommunen. Dennoch besteht bei Einzelaspekten erkennbarer Optimierungsbedarf.	E3	Die Stadt Billerbeck sollte in Kooperation mit ihren Schulen ein IT-Sicherheitskonzept erstellen und daraus abgeleitete technische und organisatorische Maßnahmen konsequent umsetzen.	wird zeitnah bearbeitet

Ordnungsbehördliche Bestattungen

Feststellungen		Empfehlungen der gpaNRW		
F1	Die Stadt Billerbeck fordert die im Zuge ordnungsbehördlicher Bestattungen anfallenden Bestattungskosten von bestattungspflichtigen Angehörigen oder ggf. Erben zurück. Auf die Festsetzung einer angemessenen Verwaltungsgebühr verzichtete sie dabei bislang.	E1	Die Stadt Billerbeck sollte im der Kostenfestsetzung von den bestattungspflichtigen Angehörigen oder Erben eine angemessene Verwaltungsgebühr erheben.	wird zukünftig beachtet
F2	Die Stadt Billerbeck verschriftlichte bislang keine Regelungen oder Prozessbeschreibungen zu Standards und Arbeitsabläufen der ordnungsbehördlichen Bestattungen. Fachspezifischer Schulungsbedarf wird nicht gesehen.	E2.1	Die Stadt Billerbeck sollte im Interesse der qualifizierten und rechtmäßigen Aufgabenerledigung und insbesondere auch zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Abwesenheitsvertretung Verfahrens- und Prozessbeschreibungen in einem Ablaufplan zusammenstellen.	1:1 Vertretung ist sichergestellt
		E2.2	Im Interesse der Qualitätssicherung sowie der rechtskonformen Fallabwicklung sollten Fortbildungsmöglichkeiten eruiert und angeboten werden.	bei Bedarf jederzeit möglich
		E2.3	Die Stadt Billerbeck sollte im Interesse der wirtschaftlichen Aufgabenerfüllung trotz geringer jährlicher Fallzahlen regelmäßige regionale Preisvergleiche zur Auswahl der Bestatter durchführen. Die Begrenzung des Aktionsradius auf die örtlichen Anbieter erscheint dabei nicht ausreichend.	Preistransparenz ist vorhanden

F3	Die Stadt Billerbeck weist niedrige Fehlbeiträge je Fall durchgeführte ordnungsbehördliche Bestattung nach. Die zugrundeliegenden Aufwendungen je Fall ergeben sich aufgrund der wiederholten Verrechnung von Barvermögen der Verstorbenen mit den Bestattungskosten. Diese finanzwirtschaftliche Abwicklung außerhalb des städtischen Haushalts widerspricht den Haushaltsgrundsätzen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit. Kostenerstattungen realisierte die Stadt mangels erstattungspflichtiger Angehöriger in keinem Fall.	E3.1	Sofern eine ordnungsbehördliche Bestattung von der Stadt Billerbeck angeordnet wird, sollten alle Finanzvorgänge (Einnahmen und Ausgaben) des Falles über den Haushalt der Stadt Billerbeck abgewickelt und ordnungsgemäß gebucht werden.	wird beachtet
		E3.2	Die Stadt Billerbeck sollte weiterhin konsequent nach bestattungspflichtigen Angehörigen recherchieren und im Erfolgsfall die Bestattungskosten per Kostenbescheid zurückfordern.	wird bereits heute so vorgenommen

Friedhofswesen

Feststellungen		Empfehlungen der gpaNRW		
F1	Die Stadt Billerbeck verschriftlichte bislang keine strategischen Zielvorgaben für das Friedhofswesen. Bei der Buchung der Unterhaltungsaufwendungen verzichtet sie auf eine Differenzierung nach Grünanlagen und Wegeflächen. Ferner gleicht sie ihre Zielplanungen nicht anhand fortgeschriebener Kennzahlen ab und bedient kein regelmäßiges Berichtswesen.	E1.1	Zur weiteren Optimierung der Aufgabensteuerung sollte die Stadt Billerbeck im Friedhofswesen ein Kennzahlensystem mit daraus resultierenden Zielvorgaben aufbauen. Darauf basierend sollte sie die Zielerreichung regelmäßig abgleichen. Idealerweise fließen diese Informationen dann in ein kontinuierliches Berichtswesen ein.	wird verwaltungseitig überprüft
		E1.2	Die Stadt Billerbeck sollte die Unterhaltungsaufwendungen getrennt nach Grünflächen und Wegeflächen buchen.	Empfehlung wird nicht geteilt, da es für die Gebührenbedarfsrechnung irrelevant ist und nur einen Mehraufwand für den Rechnungssteller und die Verwaltung bedeutet.
F2	Die Friedhofsverwaltung befindet sich bei der Digitalisierung auf einem guten Weg. In der eingesetzten Fachsoftware sind die erforderlichen Grunddaten zu den Grabstellen vollständig erfasst. Verbesserungspotenzial stellt sich im Hinblick auf die Frage der Anbindung eines digitalen	E2	Die Stadt Billerbeck sollte im Interesse der Steuerungsunterstützung ein Grünflächeninformationssystem an ihre Friedhofssoftware anbinden.	wird im Rahmen der Digitalisierung bei einem vorliegenden Gisportal eingepflegt
F3	Die Stadt Billerbeck betreibt umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit zum Friedhofswesen. Zur Information der Einwohner stehen eine ausführliche Internetseite sowie ergänzend ein Informations-Flyer zur Verfügung.	E3	Zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der beiden städtischen Friedhöfe sollte die Stadt Billerbeck ihre gute Öffentlichkeitsarbeit weiter beibehalten.	
F4	Die Stadt Billerbeck legte bei der Kalkulation der Friedhofsgebühren nicht nur die jeweilige Grabgröße zugrunde. Im Ansatz berücksichtigte sie auch schon weitere Faktoren, wie die Grabposition oder den städtischen Pflegeaufwand.	E4	Die Stadt Billerbeck sollte bei der künftigen Bemessung der Friedhofsgebühren mit einer erweiterten Äquivalenzziffernberechnung arbeiten, um weitere grabspezifische Merkmale mit einzupreisen.	Wird bei der neuen Gebührenbedarfsberechnung 2023 (Umweltausschuss 24.8.23, Rat 14.9.23) bereits umgesetzt

F5	Die Stadt Billerbeck realisierte für ihre Trauerhallen in den Jahren 2018 bis 2021 nur niedrige Kostendeckungsgrade. Wobei der Finanzrahmen zur Unterhaltung und Bewirtschaftung dieser Gebäude im Hinblick auf die leicht überdurchschnittlichen Gesamtkosten im Friedhofswesen nur eine untergeordnete Rolle spielt.	E5.1	Die Stadt Billerbeck sollte die Hintergründe für ihre niedrigen Kostendeckungsgrade bei den Trauerhallen aufarbeiten und auf eine auskömmlichere Ertragssituation hinwirken.	Wird bei der neuen Gebührenbedarfsberechnung 2023 (Umweltausschuss 24.8.23, Rat 14.9.23) bereits umgesetzt
		E5.2	Sofern sich künftig grundlegende Auslastungsprobleme bei den Trauerhallen bestätigen und es ggf. auch die räumlichen Strukturen der Gebäude hergeben, sollte die Stadt Billerbeck würdevolle alternative Zusatznutzungen prüfen.	nicht möglich und nicht gewünscht
		E5.3	Im Fall einer dauerhaft schlechteren Trauerhallennutzung sollte die Stadt Billerbeck den evtl. Rückbau eines Gebäudes oder alternativ auch die Verpachtung oder Veräußerung an einen Bestatter prüfen.	nicht möglich und gewünscht
		E5.4	Die Stadt Billerbeck sollte die Entwicklungen im Hinblick auf die konkurrierenden privaten Bestattungsorte beobachten und analysieren, da weiter zunehmende Abwanderungstendenzen nicht auszuschließen sind. Im Interesse der eigenen wirtschaftlichen Friedhofsunterhaltung und der gebührenbasierenden Kostendeckung sollte sie soweit möglich	Wird bei der neuen Gebührenbedarfsberechnung 2023 (Umweltausschuss 24.8.23, Rat 14.9.23) bereits umgesetzt
		E5.5	Zur Planung ihres künftigen Flächenbedarfs auf den Friedhöfen sollte Stadt Billerbeck weiterhin konsequent die Nachfrage nach den jeweiligen Bestattungsarten aufbereiten. Ebenso wichtig sind zudem die Berücksichtigung des demografischen Wandels sowie die weitere Abwanderungsentwicklung für die Plan-Prognosen.	wird zu jeder Zeit durchgeführt
F6	Die Stadt Billerbeck verfügt hinsichtlich der Grün- und Wegeflächen über differenzierte Flächendaten. Der Flächenanteil der Friedhofswege an der Grün- und Wegefläche stellt sich überdurchschnittlich dar. Die Friedhöfe sind demnach feingliederiger als bei Vergleichskommunen strukturiert und	E6	Im Rahmen der geplanten Neukonzeption um die Friedhofswege und deren Unterhaltung sollte versucht werden, eventuelle Flächenüberhänge zu ermitteln, um diese ggf. über Umstrukturierungen zurückzubauen.	wird in die Überlegungen mit einbezogen
F7	Die Stadt Billerbeck wendet hohe Kosten je qm für die Grün- und Wegeflächenunterhaltung auf. Ausschlaggebend dafür sind der umfangreichere Anteil an Wegeflächen sowie die örtlichen Pflegestandards.	E7	Die Stadt Billerbeck sollte aufgrund des nachgewiesenen hohen Unterhaltungsaufwands ihre Pflegestandards bezogen auf die Grün- und Wegeflächen überprüfen und ggf. senken.	wird verwaltungseitig als nicht sinnvoll beachtet